

20 Sekunden

Tausende Verstösse

BERN. In den letzten fünf Jahren haben Betriebe über 19 200-mal gegen die Lohnschutzbestimmungen in der Schweiz, die ein Teil der flankierenden Massnahmen bilden, verstossen. Laut «NZZ am Sonntag» sind darunter auch Konzerne wie ABB, Lidl, Nokia, Bombardier oder Bosch. SDA

Höheres Rentenalter

BERN. 78 Prozent der Männer und 54 Prozent der Frauen befürworten das Rentenalter 65 für Frauen, wie der «SonntagsBlick» schreibt. Fast zwei Drittel würden für eine Sanierung der AHV auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1,9 Prozentpunkte akzeptieren. SDA

In ausländischer Haft

BERN. Derzeit sitzen über 200 Schweizer in ausländischen Gefängnissen. Laut «SonntagsZeitung» gibt es fünf Fälle pro Woche. Am meisten Schweizer befinden sich in französischer Haft. SDA

Darum gehts beim Streit um «faire Lebensmittel»

BERN. Am 23. September stimmt die Schweiz über die Fair-Food-Initiative der Grünen ab. Die wichtigsten Antworten zur Initiative.

KONTROVERS Worum geht es genau?

Die Fair-Food-Initiative will, dass der Bund naturnah, tierfreundlich und fair produzierte Lebensmittel fördert. Dazu soll er Vorgaben machen, die grundsätzlich auch für importierte Ware gelten sollen. Die Initianten versprechen sich eine höhere Qualität und eine gesunde Ernährung statt etwa Billig-Poulet aus Brasilien oder pestizidbelastete Erdbeeren. Zudem soll der Bund Massnahmen gegen Lebensmittelverschwendung treffen.



Kakaobau an der Elfenbeinküste: Auch der Import wäre betroffen. EPA

Wer steht hinter der Initiative?

Lanciert wurde sie 2014 von den Grünen, dafür sind Organisationen aus Landwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit, Tier- und Konsumentenschutz. Dagegen sind Bundesrat, Parlament, Economiesuisse sowie

die grossen bürgerlichen Parteien. Der Bauernverband hat Stimmfreigabe beschlossen.

Was sind die Argumente dafür?

Migranten würden in spanischen Plantagen zu Hungerlöhnen arbeiten, hier stehe die Schweiz in der Verantwortung,

sagen die Initianten. Bei einem Ja würden faire Arbeitsbedingungen angestrebt.

Was sagen die Gegner?

Die Initiative lasse sich nicht umsetzen. Es müsse im Ausland überprüft werden, ob die Produktionsrichtlinien eingehalten werden, was mit hohen Kosten verbunden sei. Laut Andrea Caroni (FDP) wäre «eine Armee von staatlichen Kontrolleuren» nötig.

Drohen bei einem Ja Probleme mit der WTO oder der EU?

Das befürchten Bundesrat und Economiesuisse. Es würde etwa das Freihandelsabkommen GATT verletzt, laut diesem seien ausbeuterische Löhne kein Grund, einen Import zu behindern. Die Befürworter sagen, die Initiative könne WTO-konform umgesetzt werden. JULIA KÄSER

Kontra

Joachim Eder, FDP-Ständerat

«Familien mit kleinem Budget würden leiden»



Die Gegner der Fair-Food-Initiative warnen, dass bei einem Ja nur noch der teure Bio-Warenkorb eingekauft werden kann. Auf ihren Plakaten warnen sie vor deutlich höheren Lebensmittelpreisen. Laut dem Wirtschaftsverband Economiesuisse kosten Bio-Produkte durchschnittlich 50 Prozent mehr als herkömmlich produzierte Lebensmittel. Ein nicht repräsentativer Test-Einkauf von 20 Minuten mit Knoblauch, Bananen, Avocado, Peperoni, Pouletfilets, Jasminreis, Mandeln, Honig,

27.95 Fr.

Schokolade und Pfefferminztee zeigt: Während die herkömmlichen Lebensmittel insgesamt 27.95 Franken kosten, bringt es der Warenkorb mit biologischen Produkten gefüllt auf 36.20 Franken – 29 Prozent mehr. «Familien mit kleinem Budget wären die Hauptleidtragenden dieser Entwicklung», sagt FDP-Ständerat Joachim Eder. «Heute kann jeder selber entscheiden, ob er sich Produkte in Bio-Qualität kaufen möchte. Durch die Initiative würde es quasi einen Bio-Zwang geben.» JK

Pro

Luzian Franzini, Co-Präsident Junge Grüne

«Es geht um verhältnismässig wenig Geld»



8.25 Franken teurer ist der Test-Einkauf von 20 Minuten, wenn man nur zu Bio-Produkten greift. «Selbst wenn es zu Preisveränderungen bei Lebensmitteln kommen sollte, geht es immer noch um verhältnismässig wenig Geld», sagt Luzian Franzini von den Jungen Grünen. «Die Schweizer geben im Schnitt nur noch 6,3 Prozent des Haushaltseinkommens für Lebensmittel aus. Im Verhältnis zur Kaufkraft sind Lebensmittel also billig.» Dass Familien mit kleinem Budget die Leid-

36.20 Fr.

tragenden wären, verneint der Jungpolitiker. Falls die Initiative angenommen würde, würden sich die Jungen Grünen wie gewohnt weiterhin gegen Erwerbsarmut und für höhere Ergänzungsleistungen einsetzen. «Das Armutsproblem in der Schweiz und Produktionsstandards bei Lebensmitteln sind zwei Paar Schuhe», sagt Franzini. Weiter würden Bio-Preise deutlich sinken: «Je mehr produziert wird, desto grösser ist das Angebot und desto preiswerter werden die Produkte.» JK